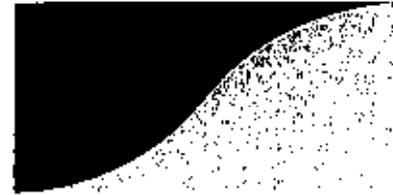


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Alfons Pawelczyk, Innen-
senator der Freien und
Hansestadt Hamburg, kom-
mentiert die Sondersitzung
der Innenminister: Gegen
die bequeme ultima ratio.
Seite 1

Rolf Seebauer MdL führt den
Nachweis, daß bei den
Schimpfkanonaden Bayerns
gegen den Bund die Interes-
sen der Bürger auf der
Strecke bleiben: Was ist
los mit der Strauß-Riege?
Seite 3

Horst Niggemeier schildert
die sicherheitspolitische
Diskussion innerhalb der
Gewerkschaften: Leichtfer-
tigkeit und Naivität fehlt
am Platz. Seite 5

Dokumentation

Stellungnahme des DGB beim
entwicklungspolitischen
Hearing: Die sozialen Aspek-
te der Entwicklung stärker
berücksichtigen.
Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godasberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 66

7. Mai 1981

Gegen die bequeme ultima ratio

Schärfere Gesetze und stärkere Waffen führen zur Eskalation

Von Alfons Pawelczyk
Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

In ihrer Sondersitzung am 6. Mai 1981 in Bonn haben die Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder sich mit Konsequenzen aus den Demonstrationen und Ausschreitungen der jüngsten Zeit beschäftigt. Die für die innere Sicherheit verantwortlichen Ressortchefs sind sich in einer Frage völlig einig: Sie sehen mit großer Sorge die zunehmende Bereitschaft zum Gewalteinsetz in unserer Gesellschaft. Sie stimmen zugleich darin überein, daß auch in Zukunft Gewalt und Rechtsbruch nicht geduldet werden.

In Vordergrund der Überlegungen muß jedoch die gesellschafts-
politische Ursachenforschung stehen, wie sie beispielsweise
von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ange-
strebt wird. Polizeiliches Vorgehen kann die Ursachen nicht
beseitigen.

Keine Einigung haben die Innenminister und -senatoren in der
Frage nach schärferen Gesetzen und stärkeren Waffen für die
Polizei erreicht. Hier hat die Konferenz die schon bekannten
unterschiedlichen Auffassungen zwischen den der SPD und FDP



angehörnden Ministern und denen der CDU/CSU erneut deutlich gemacht. Wenn auch Einigkeit in der Aussage bestand, daß die Entwicklung nicht pauschal als Fehlhaltung der Jugend gedeutet werden dürfte, so trennten sich die Auffassungen darüber, mit welchem polizeilichen und rechtlichen Instrumentarium diesen Fehlhaltungen unter Umständen zu begegnen sei.

Die Auffassung von Sozialdemokraten ist eindeutig: Wichtig ist der Dialog mit der Jugend und der Abbau von Barrieren, die diesen Dialog unmöglich machen. Eine Lösung über schärfere Gesetze und stärkere Waffen für die Polizei ist zur Zeit kein hilfreiches Angebot. Beides trägt zur Eskalation bei. Die Kräfte der inneren Sicherheit sind jedoch aufgefordert, sich am Eskalationsabbau zu beteiligen. Die Polizei ist den Gewalttätern nach Zahl und Ausrüstung überlegen. Wir dürfen in unseren Entscheidungen nicht signalisieren, daß wir von fortschreitender Eskalation ausgehen. In Hamburg sind sich die politische Führung und die Polizei in dieser Frage einig: Nicht stärkere Waffen, sondern ein besserer Schutz der eingesetzten Polizeibeamten ist nötig. Diese Schutzbekleidung wird zur Zeit beschafft. Das ist ein Beitrag zur De-Eskalation und zugleich eine notwendige fürsorgliche Pflicht gegenüber den Polizeibeamten.

Schärfere Gesetze und stärkere Waffen sind eine zu bequeme ultima ratio. Sie sind angesichts gesellschaftspolitisch bedingter Ursachen nicht nur inadäquat, sondern auch gefährlich.

Wir lehnen solche Verschärfungen ab, weil jeder Schritt auf diesem Weg in Wahrheit ein Rückschritt ist. Er verbaut die sich abzeichnende Chance, mit dem friedlich gesonnenen Teil der Jugend ins Gespräch zu kommen. Politiker und Polizei müssen alles vermeiden, was diese Jugendlichen veranlassen könnte, sich mit Gewalttätern zu solidarisieren. Überreaktionen wären dafür ein willkommener Anlaß.

Ein Resultat der Sondersitzung verdient im Interesse der inneren Sicherheit besonders hervorgehoben zu werden: Die Innenminister und -senatoren haben bekräftigt, die seit vielen Jahren unter den Bundesländern geübte Praxis, sich bei Großeinsätzen gegenseitig durch geschlossene Polizeieinheiten zu unterstützen, auch in Zukunft unverändert fortzusetzen. Damit ist die wesentliche Grundlage aufrechterhalten, die ein gemeinsames Vorgehen in schwierigen Situationen ermöglicht.

(-/7.5.1981/ks/ca)

+ + +



Was ist los mit der Strauß-Riege?

Bei Schimpfkanonaden gegen den Bund bleiben Bayerns Interessen auf der Strecke

Von Dr. Rolf Saebauer MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Ob es am Haushalt 1981/82 liegt, der den bayerischen Ressortministern wenig Spielraum läßt und schon gar nicht die Möglichkeit gibt, mit vollen Händen auszuteilen? Oder ist es ein Virus, der die Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung befallen hat? Lustlosigkeit und Müdigkeit im Hinblick auf die bayerischen Belange hat sich bei den Regierungsverantwortlichen breit gemacht. Dafür beschäftigen sich "unsere" bayerischen Minister mit bundes- und weltpolitischen Themen und unternehmen die entsprechende Reisen dazu. Ob beim Hochschulbau, beim Straßenbau, beim Wohnungsbau, bei der Jugendarbeit - eben in den Brennpunkten der bayerischen Politik, wo das Geld knapp ist und ernsthaft über Umschichtungen, Einsparungen oder zusätzliche finanzielle Anstrengungen diskutiert werden sollte - herrscht in München Funkstille, allenfalls bekommt man die Standardfloskel zu hören: An allem ist die Bundesregierung schuld.

Dafür dürfen Bayerns Bürger - quasi als Entschädigung - mitverfolgen, was die Herren Minister und Staatssekretäre an mehr oder weniger beachtlichen Erkenntnissen über die Bundesrepublik und weltpolitische Probleme zu sagen haben. Da entwickelt sich das nicht mehr ganz neue Schlagwort von der Herausforderung zum Dauerbrenner: Beschworen wird die japanische Herausforderung (Strauß, Jaumann, Pirkel), die amerikanische Herausforderung, denn auch die US-Wirtschaft startet eine Exportoffensive (Jaumann, Pirkel), die permanente Herausforderung durch die Koalition in Bonn (alle Mitglieder der Staatsregierung in anhaltenden Stellungnahmen) die Herausforderung durch die Gewerkschaften (Strauß, Stoiber) und so weiter und so weiter.

Maier schlägt neuerdings vor, "das Udenkbare (zu) denken" und versteht darunter, in der Bundesrepublik das "Doppelverdienertum" abzubauen, um dadurch der Arbeitslosigkeit, vor allem bei Lehrern, Herr zu werden. Schuster bleib bei denen Leisten, möchte man da dem Kultusminister zurufen. Daß unser Lebensstandard wesentlich darauf beruht, daß es in den deutschen Familien zwei Verdiener gibt und ein Großteil der Haushalte mit zwei Gehältern Bankrott anmelden müßte, wenn Maier's Gedachtes Wirklichkeit würde, hat wohl in den Überlegungen des Ministers keine Rolle gespielt. Dabei gibt es genügend



konkrete und aktuelle Anlässe im Ressort Unterricht und Kultus, die des Ministers problemlösendes Denkvermögen benötigen würden.

Das Vorbild des Ministers schlägt jetzt auch auf die Staatssekretäre durch. Einer, von Waldenfels, fordert doch glatt die Bundesregierung auf, in der Frage des Exports deutscher Panzer nach Saudi-Arabien die Rolle des Musterknaben und des Moralapostels aufzugeben. Und der wirkliche Musterknabe von Waldenfels weiß auch, worum es geht: Nämlich um die Notwendigkeiten und Interessen der Wirtschaft, gar um die wirtschaftliche Sicherheit der Bundesrepublik und die Sicherheit der Arbeitsplätze. Dieser Mann hat Zukunft in Bayern, denn er trägt die ideologischen Scheuklappen, die er seinen Gegnern in dieser Frage vorhält. Eine Koppelung von wirtschaftlicher Sicherheit mit dem Export von deutschen Panzern nach Saudi-Arabien - wo ist das festgeschrieben oder auch nur erkennbar? Der bayerische Staatssekretär für Wirtschaft ist wohl einfach der Rüstungslobby auf den Leim gegangen und erkennt nicht, daß mehr Verantwortung dahinter steckt, die beiden Fragen Panzerexport und wirtschaftliche Sicherheit zu entkoppeln. Noch so ein Schuster...

In Bayern gibt es genug Probleme. Zumal von Waldenfels für den Flughafen München II zuständig ist. Da gäbe es ein breites Betätigungsfeld für freie Staatssekretärs-Kapazitäten. Wenn die zu erwartende Verzögerung des Flughafenbaues, hervorgerufen unter anderem durch gerichtlich konstatiertes Fehlverhalten seines Ministers, viele Wirtschaftsunternehmen gefährdet, sollte sich Waldenfels vielleicht mehr mit der Beseitigung der vom Gericht aufgestellten Hürden befassen und dadurch bayerischen Wirtschaftsunternehmen helfen.

Noch sind wir nicht soweit, daß, wie bei der Papstwahl, die Minister in der Staatskanzlei eingemauert werden, bis weißer Rauch signalisiert, daß die anstehenden Probleme gelöst wurden. Aber in Erwägung ziehen sollte man ein solches bayerisches Konklave dennoch, frei nach Maier: "Das Undenkbare denken." Raus dürfen die Minister erst dann, wenn - auf der Basis der vorhandenen finanziellen Mittel - verständliche und vollziehbare Entscheidungen vorliegen zur Beseitigung der Wohnungsnot, der Misere im Hochschulbau, der Arbeitslosigkeit und so weiter. Ein Telefon mit einer ständigen Leitung nach Bonn könnte sogar zugestanden werden.

(-/7.5.1981/ks/ca)

+ + +



Leichtfertigkeit und Naivität fehl am Platz

Zur sicherheitspolitischen Diskussion innerhalb der Gewerkschaften

Von Horst Niggemeier

Pressesprecher der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie

In den Gewerkschaften des DGB findet parallel zu der übrigen öffentlichen Auseinandersetzung über die Fragen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nachrüstung ebenfalls eine lebhaft Diskussions statt. Dies kann und darf nicht überraschen, denn gerade Gewerkschafter wissen um vieles besser als andere, daß man mit den für Rüstung ausgegebenen Milliardenbeträgen besser den sozialen Fortschritt finanzieren könnte.

Deshalb auch der eindeutige Protest des DGB gegen die absurde Idee des US-Verteidigungsministers Weinberger, daß auch die Bundesrepublik ihre Sozialausgaben zu Gunsten der Rüstungsfinanzierung kürzen sollte, so wie es die USA beabsichtigen. Selbst Eberhard v. Brauchitsch, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) hält nichts vom "Nachmachen" dieser amerikanischen Politik, weil er ein "großer Anhänger dessen sei, was wir mit unserem sozialen Netz erreicht haben", wie der BDI-Präsident in einem Interview erläuterte.

Doch es geht in der sicherheitspolitischen Diskussion weniger um das einseitige Streben nach mehr Rüstung, sondern um die Frage, inwieweit es der Bundesrepublik gelingen kann, gemeinsam mit ihren Verbündeten das zur Sicherung des Friedens notwendige militärische Gleichgewicht zu halten. Wenn es durch Rüstungskontrollverhandlungen erreichbar ist, dann auf einem niedrigeren Niveau als zur Zeit.

Doch an dieser Stelle beginnen - auch für die Gewerkschaften - die Probleme, denn die in der Bundesrepublik laufende Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß übersieht geflissentlich das Gleichgewichtsprinzip. Aber das ist für die Kenner der Kampagne keine Überraschung.

Wie nun berührt diese Entwicklung der sicherheitspolitischen Diskussion die Gewerkschaften im DGB? Eine Analyse des erst im März 1981 verabschiedeten neuen DGB-Grundsatzprogramms und die Rede des DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter dazu erleichtern die Beantwortung dieser Frage.

So war es ein klares Wort des DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter in seiner Rede auf dem Grundsatzprogramm-Kongreß des DGB im März 1981, und es hat inzwischen brandaktuelle Bedeutung gewonnen:

"Wir wissen um die Praxis kommunistischer Gewerkschaftsstrategie und ihre Absichten. Darüber müssen wir unsere Mitglieder informieren, dagegen müssen wir uns wappnen, da sind Leichtfertigkeit und Naivität fehl am Platz."

Was die brandaktuelle Bedeutung dieser Vetter-Formel angeht, so ergibt sie sich aus jener DKP-gesteuerten bundesweiten Aktion, die unter dem Titel "Krefelder Appell" den zweifellos geschickt angelegten Versuch macht, die Bürger in der Bundesrepublik, aber insbesondere die Arbeitnehmer in den Betrieben, für einen einseitigen Verzicht des Westens auf die Stationierung von Pershing-Mittelstreckenraketen per Unterschrift und Demonstration zu mobilisieren. Dies aber, ohne gleichzeitig die seit Jahren betriebene Hochrüstung der Sowjetunion im Mittelstreckenraketenbereich - inzwischen sind 250 SS-20-Raketen mit atomaren Dreifach-Sprengköpfen gegen Westeuropa zusätzlich in Stellung gebracht - überhaupt zu erwähnen geschweige denn den Abbau dieser Bedrohung zu fordern.

Nachdem im November 1980 unter kommunistischem Einfluß stehende Tarnorganisationen zusammen mit den "Grünen", Einzelpersonen und anderen Gruppen in Krefeld den einseitigen Abrüstungsappell formuliert hatten, gab der DKP-Vorstand dann am 6. Januar den Parteilbefehl an alle DKP-Mitglieder aus, "unverzüglich mit der Sammlung von Unterschriften zu beginnen", ohne daß die DKP als Absender auf den Unterschriftenlisten in Erscheinung tritt.

Tarnung und Täuschung gehören eben zum Aktionsarsenal waschechter Marxisten-Leninisten, so wie sie in der DKP versammelt sind.

Wohl trat inzwischen DKP-Chef Mies ("Die DDR ist unser Vorbild") an der Spitze bei einer Bonner Demonstration Anfang April auf, um dem "Krefelder Appell" zusammen mit einer bunt zusammengewürfelten Protestantenschar, die sich als überparteiliche Samm-

lung von "Friedenskräften" versteht, den notwendigen Bekanntheitsgrad zu verschaffen, damit die nächsten 300.000 Unterschriften - so viele sollen es nach Angaben der DKP schon jetzt sein - etwas schneller zusammenkommen. Eine Million Unterschriften ist das erklärte Ziel von DKP und SDAJ.

Wie Leonid Breschnew solche Aktionen seiner Freunde im Westen bewertet, machte er auf dem Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 mit einem Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit deutlich:

"Durch die Aktionen der Friedenskräfte ist es gelungen, die Verwirklichung der Pläne zur Stationierung von Neutronenwaffen in Westeuropa zu stoppen."

Gleiches dürfte dem Krenl-Chef für den von ihm gewollten einseitigen Verzicht des Westens auf die Mittelstreckenraketen vorschweben. Hilfreich würde Breschnew sicher auch mit einer Schwächung des atlantischen Bündnisses sowie einer in ihrem Verteidigungswillen gelähmten bundesdeutschen Bevölkerung zufrieden sein.

Der "Krefelder Appell" ist eines der Instrumente zur Erreichung dieses Krenl-Ziels. So mahnte dann auch SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, sicher nicht ohne Grund zur Besorgnis, seine Top-Funktionäre im Lande in einem Rundbrief dringend "die Partei über die Träger und die tatsächlichen Hintergründe des 'Krefelder Appells' zu informieren, damit nicht politischer Schaden entsteht".

Für die Gewerkschaften, die in den Betrieben und auf zahlreichen lokalen und regionalen Konferenzen systematisch von den "Friedenskräften" (so wie sie Leonid Breschnew versteht) um Unterstützung für den "Krefelder Appell" angegangen werden, hat DGB-Vorsitzender Heinz O. Vetter schon im März 1981 die zutreffende Formel geprägt:

"Jeder, der nur eine Reduzierung der Rüstungspotentiale auf einer Seite fordert, ist unehrlich und unrealistisch. Wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen. Wir fordern die beiderseitige ausgewogene und kontrollierte Abrüstung."

Noch all dies fordert der DKP-gesteuerte "Krefelder Appell" verständlicherweise nicht und bleibt so für demokratische Gewerkschafter ein unannehmbares Stück kommunistischer Agitationstätigkeit, die unter anderem vergessen machen will, was DDR-Verteidigungsminister und Armeegeneral Heinz Hoffmann schon 1975 über die militärische Stärke des Warschauer Paktes verkündete:

"Die im zähen Kräfteering der Nachkriegsjahre hart erkämpfte militärische Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über die imperialistischen Hauptmächte war es, die den Frieden sicher und den weltrevolutionären Prozeß vorangebracht hat." Bei dieser militärischen Überlegenheit soll es nach den Initiatoren des "Krefelder Appells" wohl auch bleiben.

Armeegeneral Hoffmann wird übrigens durch die kommunistischen Interventionen in Asien, Schwarzafrika und Afghanistan schlagend darin bestätigt, daß der "weltrevolutionäre Prozeß" beachtliche "Fortschritte" gemacht hat.

DGB-Chef Heinz O. Vetter meint jedoch:

"Die Besetzung Afghanistans hat Zweifel erweckt an der Glaubwürdigkeit der Sowjetunion im Entspannungsprozeß; sie hat die Kregisgefahr erhöht."

Wenn Vetter in diesem Zusammenhang weiter erklärt, daß unsere Streitkräfte "stark genug" sein müssen, "um das Risiko eines Angriffs unkalkulierbar zu machen" - so auf einer sicherheitspolitischen Tagung der SPD im April 1980 - dann ist dies genau die konsequente Haltung, die den DGB und seine Gewerkschaften bestimmen muß, wenn das DGB-Grundsatzprogramm als Richtschnur des gewerkschaftlichen Handelns gelten und Bestand haben soll.

Einige der DGB-Grundsätze können nämlich nur dann gesichert bleiben, wenn der Schutz unseres demokratischen Staates nicht nur nach innen, sondern auch nach außen als unverzichtbare Notwendigkeit verstanden wird. Dies geht eindeutig aus der Feststellung des DGB-Chefs Vetter auf dem DGB-Kongreß im März '81 hervor:

"Die Bundesrepublik hat ihren festen Platz im atlantischen Bündnis und leistet ihren Beitrag für die Sicherheit in Europa."

Wenn der DGB sich in seinem Programm "zu den unveräußerlichen Rechten des Menschen auf Freiheit und Selbstbestimmung" bekennt, wird er sich nicht an der Sicherung und dem Schutz dieser unveräußerlichen Rechte vorbeismogeln können und wollen, wenn dafür Ge-

fahren von außen drohen. Frieden in Freiheit ist ein unveränderbares Ziel aller demokratischen Gewerkschafter.

Die äußere Sicherheit der Bundesrepublik zur Sicherung des Friedens in Freiheit aber wird garantiert durch die Mitgliedschaft im atlantischen Bündnis, wobei wir mit der Bundeswehr unseren Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit unseres Landes leisten.

Daß die marxistisch-leninistische DKP jedoch eine andere Auffassung von Freiheit und Selbstbestimmung hat, wird durch ihre Vasallentreue zur Sowjetunion und DDR immer wieder neu bestätigt.

Der DGB meint in seinem Programm auch, daß jeder Angriff auf die Autonomie der Gewerkschaften "zugleich ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie ist; die Gewerkschaften verteidigen mit der Demokratie auch ihre eigene Lebensgrundlage".

Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter hat auch hierzu klar gesagt:

"Kommunisten bestreiten den Gewerkschaften seit jeher die Autonomie. Sie dulden die Gewerkschaften letztlich nur am Gängelband der Partei. Genau dies bekämpfen die polnischen Arbeiter."

Im DGB-Grundsatzprogramm steht ferner: "Die Gewerkschaften bekennen sich zur parlamentarischen Demokratie und zum Mehr-Parteiensystem."

Daß die kommunistischen Ostblockstaaten unter der Führung Moskaus demgegenüber die Diktatur ihrer Parteibürokratie praktizieren, ist ebenso unstrittig, wie die Verweigerung der Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte gegenüber ihren Bürgern.

Der Beifall des außerordentlichen DGB-Kongresses im März 1981 war dem DGB-Chef Vetter deshalb sicher, als er formulierte:

"Eine Diktatur, und sei es die des Proletariats, lehnen wir ab!"

Vor diesem Hintergrund der Programmatik des DGB und seiner Gewerkschaften kann es keinen Zweifel darüber geben, daß der Schutz und die Sicherung unseres demokratischen Staates auch vor den Gefahren von außen eine entscheidende Voraussetzung für eine freie gewerkschaftliche Betätigung ist.

Dies bedingt für alle demokratischen Gewerkschafter bei allem Streben nach beiderseitiger und gleichgewichtiger Rüstungskontrolle und Abrüstung eine realistische Beurteilung der militärischen Kräfteverhältnisse in Ost und West. Und diese realistische Beurteilung verbietet es, die mit der jüngsten sowjetischen Raketenhochrüstung entstandenen gefährlichen Ungleichgewichte in Mitteleuropa und den damit verbundenen Bedrohungscharakter zu ignorieren. Deshalb ist die im "Krefelder Appell" enthaltene einseitige Aufforderung an die Bundesregierung, "die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen" ein ungeeignetes Mittel, um dem Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik und ihrer Bürger gerecht zu werden, denn Friedenspolitik ist nur auf der Grundlage des Gleichgewichts der Kräfte möglich.

Im Übrigen wird von den Krefelder Propagandisten verschwiegen, daß die Bundesrepublik und ihre Bündnispartner erst ab 1983 mit der Nachrüstung für den Fall beginnen wollen, wenn bis dahin die angestrebten Rüstungsbegrenzungsverhandlungen über die Mittelstreckenraketen mit der Sowjetunion nicht erfolgreich begonnen haben.

Es kann demokratischen Gewerkschaften deshalb nicht schwerfallen, Bundeskanzler Helmut Schmidt zuzustimmen, wenn er zu diesem Thema und dem NATO-Beschluß feststellt:

"Verhandlungen darüber werden nur dann mit Erfolg geführt werden können, wenn die sowjetische Führung sieht, daß sie den phantastischen Vorsprung, den sie sich hier herausgerüstet hat, nicht halten kann, weil der Westen auch in der Lage ist, nachzurüsten. Der Beschluß ist nicht zur Beruhigung von ängstlichen Gemütern gefaßt worden, sondern weil es dringend notwendig ist, die Zahl der Waffen auf beiden Seiten zu begrenzen."

Die Tatsache, daß der DKP-gesteuerte "Krefelder Appell" bei der Rüstungsbegrenzung jedoch nur eine Seite sieht, entwertet diese Aktion zu einem billigen, aber gefährlichen Propagandatrick. Der Friedenswillen aller Bürger wird hier mißbraucht. Gewerkschafter sollten sich dafür zu schade sein.

(-/7.5.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Vertreter des DGB-Bundesvorstandes hat anlässlich der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zum Thema "Deutsche Entwicklungspolitik zu Beginn der 80'iger Jahre" durch den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 6. Mai folgende Stellungnahme abgegeben:

Die sozialen Aspekte der Entwicklung stärker berücksichtigen

Der DGB-Bundesvorstand hat sich bei Erhalt Ihrer Einladung die Frage gestellt, ob wir tatsächlich an dieser Anhörung teilnehmen sollen. - Denn wenn man allein die von Ihnen erstellten Fragen nimmt, dann gehen sie in ihrer Formulierung doch ein wenig an denen vorbei, die wir uns selbst als Institution, die entwicklungspolitisch tätig ist, stellen.

Für uns ist Entwicklungspolitik eine sehr praktische Angelegenheit der Internationalen Solidarität gegenüber unseren Bruderorganisationen. Für akademische Erörterungen bleibt da weniger Gelegenheit.

Aus diesem Grunde sind wir auch nicht der Auffassung, daß wir uns zu den einzelnen Fragen Ihres Kataloges äußern sollten. - Vielmehr werden wir zu den Fragen der deutschen Entwicklungspolitik zu Beginn der 80'iger Jahre aus der Sicht des DGB sprechen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit haben wir zur Kenntnis genommen, daß in den "Entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung" von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung der Länder der Dritten Welt gesprochen wird. - Insbesondere letzteres ist naturgemäß für Gewerkschaften von besonderer Bedeutung.

Demzufolge legt der DGB besonderen Nachdruck auf die sozialen Aspekte der Entwicklung im weitesten Sinne und wünscht deren stärkere Berücksichtigung bei der Durchführung öffentlicher Entwicklungspolitik.

Hierzu darf ich folgende Punkte besonders hervorheben:

1. Schon heute ist die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten in den Entwicklungsländern ganz allgemein erheblich. - Dabei unterscheiden sich die "Schwellenländer" oder die "NIC's" auch nur wenig von den "am wenigsten entwickelten" Ländern, denn Industrialisierung hat hier nur zu wenig Veränderung geführt, da diese überwiegend auf technologisch hohem Stand, also kapitalintensiv erfolgt.

Besonders ausländische Investoren errichten Industrien auf technologisch hohem Niveau. Ihre Interessen nach Gewinnmaximierung auf dem internationalen Markt treffen sich dabei offensichtlich mit denen der Regierungen in den meisten Entwicklungsländern, stärkeren Zugang zu den internationalen Märkten zu finden, die heute hohe Ansprüche an Qualität stellen.

Bei allem Verständnis für die Logik solchen Verhaltens, wird dadurch nicht das Ziel erreicht, vermehrt Arbeitsplätze zu schaffen beziehungsweise arbeitsintensive Investitionen vorzunehmen. Oft werden sogar traditionelle Arbeitsplätze im Manufakturbereich vernichtet. - Gerade die öffentliche Entwicklungspolitik sollte diesen Trends entgegenwirken durch Förderung sogenannter "angepaßter Technologie" und durch Förderung von Produktionen für nationale und regionale Märkte in der Dritten Welt, die günstiger mit arbeitsintensiven Fertigungsmethoden bedient werden können.

Dies ist auch eines der zentralen Anliegen der IBFG-Forderung nach einer "Sozialcharta".

2. Die Sozialcharta soll aber auch noch mehr bezwecken. - So sehr wir Verständnis für das Lohngefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern haben, gibt es unseres Erachtens doch keinen Grund dafür, die sozialen Mindestnormen, wie sie in den Vereinbarungen und Übereinkommen der IAO festgelegt worden sind, den Arbeitnehmern in den Entwicklungsländern vorzuenthalten. Das oft geäußerte Argument, daß die Arbeitnehmer in den Industrienationen derartige Forderungen stellen, um ihre eigenen Arbeitsplätze zu sichern, stimmt aus zwei Gründen nicht. Einmal ist dies keine Forderung allein der



Gewerkschaften der OECD-Staaten. Sie wird vollinhaltlich mitgetragen von den freien Gewerkschaften der Entwicklungsländer, die im IBFG organisiert sind. - Zum anderen ist es uns einfach unerträglich, daß es im 20. Jahrhundert über 60 Jahre nach Gründung der IAO, immer noch die Vorstellung gibt, man könne durch Vorenthaltung sozialer Leistungen, also durch Ausbeutung, seine internationalen Wettbewerbschancen verbessern.

Bedauerlich ist auch, daß offensichtlich auch transnationale Unternehmen Regierungen der Dritten Welt anregen, ihnen derartige "Pionier-Privilegien" einzuräumen.

Der DGB erwartet, daß die Bundesregierung sich seine diesbezüglichen Vorstellungen zueigen macht, sowohl bei Verhandlungen im Rahmen des GATT als auch bei Verhandlungen im Rahmen der EG, besonders bei der Weitergestaltung des AKP-Abkommens. Hierzu hat die EC-Kommission schon vor mehr als zwei Jahren erste Vorschläge unterbreitet.

3. Zu den sozialen Bedingungen rechnet der DGB insbesondere die Durchsetzung und Erhaltung der Gewerkschaftsfreiheit. In den letzten Jahren mußten wir feststellen, daß die Zahl der Länder der Dritten Welt, in denen Gewerkschaftsfreiheit mißachtet und aufgehoben wird, ständig zunimmt.

Der DGB hält den Kampf für die Gewerkschaftsfreiheit auch für ein entwicklungspolitisches Ziel, sowohl im Rahmen gesellschaftspolitischer Entwicklung schlechthin als auch wegen der wichtigen Bedeutung, die den Gewerkschaften bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Länder zukommt. - Der DGB erwartet, daß dieses Ziel auch bei der Durchführung der entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung berücksichtigt wird.

Besonders weisen wir darauf hin, daß vielfach Regierungen in Entwicklungsländern Beschränkungen der Gewerkschaftsfreiheit ausländischen Investoren andienen, um sie so in ihr Land zu ziehen.

In der wachsenden Zahl der Diktaturen in der Dritten Welt werden immer als erstes die Gewerkschaftsrechte aufgehoben und Gewerkschaftsfunktionäre inhaftiert. - Wenig Verständnis hat der DGB, daß gerade einige solcher Länder als bevorzugte Investitionsländer ausgewählt wurden.

Auch wenn wir uns der Zweischneidigkeit der Forderung bewußt sind, Diktaturstaaten generell von dem Bezug öffentlicher Entwicklungshilfe auszuschließen, tragen wir hierdurch diese Forderung unserer Kollegen aus den fraglichen Ländern vor. Außerdem erwarten wir, daß in jedem Einzelfall geprüft wird, ob die gegebene Hilfe auch tatsächlich in erster Linie der Bevölkerung des jeweiligen Diktaturlandes zugute kommt. - Öffentliche Hilfe sollte überall da abgelehnt werden, wo sie hauptsächlich die Festigung diktatorischer Regime begünstigt.

4. Neben das Ziel einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung" hat der IBFG in seiner 1978 in Hamburg verabschiedeten Entwicklungscharta die Forderung nach einer besseren internationalen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung gestellt. - Diese Entwicklungscharta wird vollinhaltlich auch durch den DGB getragen.

Der DGB hat darum auch mit großem Interesse den Bericht der unabhängigen Nord-Süd-Kommission zur Kenntnis genommen, der auch wesentliche Forderungen der freien internationalen Gewerkschaftsbewegung übernommen hat.

Darum stellen wir auch große Erwartungen an den für Ende 1981 vorgesehenen Entwicklungsgipfel der Staats- und Regierungschefs in der Hoffnung, daß bei dieser Gelegenheit Akzente gesetzt werden, den festgefahrenen Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wieder in Gang zu bringen, besonders bezüglich der Formulierung eines realistischen gemeinsamen Programms.

(-/7.5.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

